Kommentare

»Vor Lula liegt eine Mammutaufgabe. Sein Erfolg oder Scheitern wird weit über Brasilien hinaus Bedeutung haben.«

SANDRA WEISS

Den Beitrag » Lulas Sieg: Lehrstück für die Linke« finden Sie auf Seite 13.

Siegmund vor dem Sieg: Wie aus dem Sagbaren das Machbare wird

Von ALBRECHT VON LUCKE

Nachdem die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. September den befürchteten Durchbruch der AfD bedeutete,[1] steht am 15. Dezember der nächste Schritt der rechten Landnahme bevor. Aller Voraussicht nach wird dann Ulrich Siegmund zum ersten rechtsextremen Ministerpräsidenten seit 1945 gewählt, entweder dank der Unterstützung des BSW, das sich bereits mit der Wahl des AfD-Landtagspräsidenten Tobias Rausch zum Steigbügelhalter der Rechtsextremen entwickelt hat, oder mithilfe von Überläufern der CDU oder schließlich notfalls auch durch einfache Mehrheit im dritten Wahlgang.

Damit wäre die AfD in der Lage, aus dem bisher nur Sagbaren das Machbare zu machen. Tatsächlich ist das Regierungsprogramm der sachsen-anhaltischen AfD das radikalste, das die Partei bisher vorgelegt hat.[2] Und längst gehen die Pläne der Partei über den Sieg in einzelnen Bundesländern hinaus und richten sich angesichts von Umfragewerten von bald 30 Prozent auf die nächste Bundestagswahl.

Insofern weckt ein Ministerpräsident Siegmund, ohne die AfD mit der NSDAP gleichsetzen zu wollen, unweigerlich Erinnerungen an das Jahr 1930 und die erste Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in Thüringen, der nur drei Jahre später die Machtübertragung an Adolf Hitler durch die Konservativen folgte.

1 Albrecht von Lucke, Sachsen-Anhalt als Exempel: Die AfD als Partei der Spaltung, in »Blätter«, 9/2026, S. 5-8.

2 Jan Niklas Reiche, Modellprojekt Sachsen-Anhalt. Die AfD vor der Macht und der Spielraum der Demokraten, in: »Blätter«, 7/2026, S. 46-52.

Gewiss, politisch sind der AfD auf Landesebene Grenzen gesetzt. Doch auf gesellschaftlicher Ebene ist die Gefahr bereits jetzt weitaus größer. Dort droht eine noch umfassendere rechte Hegemonie als die bisher schon in weiten Teilen des Ostens herrschende. Denn im Schatten der AfD treiben längst noch radikalere Organisationen ihr Unwesen, Freie Kameradschaften und Autonome Nationalisten, aber auch explizit verfassungsfeindliche Parteien wie der Dritte Weg, die Freien Sachsen oder Die Heimat, die Nachfolgepartei der NPD. Sie dürfen nur deshalb weiter frei agieren, weil das Bundesverfassungsgericht in seiner durchaus problematischen NPD-Entscheidung von 2017 derartigen Parteien einen Persilschein ausstellt, solange ihnen die »Potenzialität« fehlt, mit ihrem Handeln gegen die parlamentarische Demokratie wirklich Erfolg zu haben. Über ihre gesellschaftlich zerstörerische Wirkung sagt das allerdings wenig aus. Eine AfD-Ministerpräsidentschaft in Sachsen-Anhalt dürfte jedenfalls, indem sie dem Rechtsextremismus höchste staatliche Weihen verleiht, die ohnehin vorhandene gesellschaftliche Verrohung enorm verstärken.

Dass diese seit dem 6. September absehbare Zäsur bisher nicht annähernd die Beachtung gefunden hat, die sie verdient, ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass die mediale Aufmerksamkeit der vergangenen Wochen weit mehr auf die Ereignisse in der Hauptstadt und die mög-

ALBRECHT VON LUCKE, *geb. 1967 in Ingelheim am Rhein, ist Jurist, Politikwissenschaftler und »Blätter«-Redakteur.*

liche Bildung einer Koalition unter Führung der Linkspartei gerichtet war als auf die kommende Machtübernahme der AfD. Tatsächlich haben die noch am Abend der Berlin-Wahl drastisch sichtbar gewordenen Kontakte zu organisierter Kriminalität und Israel-Hassern im Umfeld der Neuköllner Linkspartei dieser fatalen Ablenkung erheblich Vorschub geleistet – und zu einer enormen Dämonisierung der Linken wie auch speziell ihrer Spitzenkandidatin und potenziellen zukünftigen Regierenden Bürgermeisterin Elif Eralp geführt[3], aber zugleich auch zu einer enormen Verharmlosung der AfD. Indem seither nur noch vom Extremismus der Ränder die Rede ist, wurde die in konservativen Kreisen geschätzte Hufeisentheorie reaktiviert, die die politische Nähe der Ränder und die daraus resultierende gleiche Gefährlichkeit postuliert.

»Mit der Rede von der ›demokratischen Mitte‹ wird die Hufeisentheorie quasi zur Staatsdoktrin.«

Dieses These hat durch die Nominierung von Ilse Aigner zur zukünftigen Bundespräsidentin massive Verstärkung erfahren. Dabei ist nicht die Personalie Aigner das Problem – nach zwölf Bundespräsidenten ist eine Frau im höchsten Staatsamt mehr als überfällig, und wenn die (ober)bayerische Noch-Landtagspräsidentin ihre konsequente Linie gegenüber der AfD fortsetzt, könnte sie eine entschieden demokratische, aber zugleich mit ihrer bodenständigen Art durchaus auch das Land einigende Kraft sein.

Das Problem ist vielmehr die Begründung der Kandidatur. Indem Markus Söder und (wieder einmal hinterhereilend) Friedrich Merz Aigner dezidiert als die Kandidatin der »demokratischen Mitte« ausriefen , etabliert sich das Bild der gleichen Radikalität der Ränder. Damit wird die Hufeisentheorie quasi zur Staatsdoktrin. »Wird Ilse Aigners Bundespräsidentschaft eine Kampfansage an die Ränder?«, fragte denn auch prompt »Die Zeit« und gab sich gleich selbst die Antwort: »Die ersten Signale der designierten Bundespräsidentin deuten auf eines hin: klare Kante gegen die politischen Extreme.«[4] Ganz in diesem Geiste stellte Vize-Kanzler und SPD-Chef Lars Klingbeil heraus, »dass wir in der demokratischen Mitte – Union, SPD, auch Grüne – zusammen eine gemeinsame Kandidatin haben«, sei ein »Zeichen der Stärke für unsere Demokratie«. Und die »Süddeutsche« begrüßte, dass sich »die demokratische Mitte« aus CDU/CSU, SPD und Grünen hinter Aigners Kandidatur versammele.[5]

Höcke in der NS-Tradition

Wer auf diese Weise die gleiche Radikalität der Ränder suggeriert, relativiert, ja minimiert die Gefahr der AfD. Denn so fatal das Agieren etlicher Figuren im Umfeld der Neuköllner Linkspartei ist, besteht doch weiterhin ein fundamentaler Unterschied zwischen einer Partei, die bereits in diversen Bundesländern ordentlich mitregiert hat und es gegenwärtig in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern tut, ja sogar mit Bodo Ramelow zehn Jahre lang einen Ministerpräsidenten in Thüringen stellte, und einer AfD, die sich immer weiter radikalisiert und bis heute keineswegs den Nachweis erbracht hat, auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu stehen. Im Gegenteil: Die vergangenen Wochen haben demonstriert, wie schnell sich die Partei immer weiter radikalisiert.

3 So kommentiert die »Bild-Zeitung« ein Video der Linken-Spitzenkandidatin Elif Eralp mit: »Das Böse, wie es tanzt und lacht«; siehe auch: Albrecht von Lucke, Kampfplatz Berlin: Die dämonisierte Linkskoalition als Türöffner für die AfD, in: »Blätter«, 11/2026, S. 5-8.

4 Mariam Lau, Keine Ilse für alle, in: »Die Zeit«, 12.11.2026.

5 Markus Balser und Georg Ismar, »Ich möchte Bürgerin unter Bürgern sein«, sueddeutsche.de, 10.11.2026.

Zunächst wurde mittels der durch ein Leak zutage geförderten hunderttausenden von Mails deutlich, wie hegemonial inzwischen der radikale Höcke-Kurs ist – und wie groß die opportunistische Anpassungsbereitschaft, insbesondere der vormaligen Höcke-Gegnerin Alice Weidel. Das belegt auch der jüngste, ungeheuerliche Tabubruch von Björn Höcke, der ebenfalls medial wie gesellschaftlich beinahe völlig untergegangen ist.

In seiner Rede am diesjährigen Volkstrauertag, dem 15. November, vor dem Kriegerdenkmal auf der Dortmunder Hohensyburg erklärte Höcke, er wolle »zuvorderst an das Leid meiner Landsleute« erinnern; es sei schließlich ein »deutscher Volkstrauertag« und »kein französischer, englischer, russischer oder jüdischer Volkstrauertag«. Eindeutiger kann Antisemitismus wohl kaum aussehen. »Das ist der Tiefpunkt«, kommentierte denn auch Buchenwald-Gedenkstättenchef Jens-Christian Wagner. Indem Höcke Juden explizit aus der deutschen Gesellschaft ausschließe, stelle er sich »in die Tradition der Nationalsozialisten«.

Aus der AfD dagegen erfolgte keinerlei Widerspruch, obwohl diese Äußerung Höckes weit über seine Bezeichnung des Holocaust-Mahnmals als »Denkmal der Schande« hinausgeht, die 2007 auch in den eigenen Reihen noch zu erheblichem Protest geführt hatte, nicht zuletzt von Weidel. Dass diesmal aber auch der gesellschaftliche Widerhall auf die Höcke-Äußerung ausgesprochen verhalten ausfiel, zeigt, wie sehr die Grenzen des Sagbaren inzwischen verrückt worden sind.

Die immer hemmungslosere Radikalität in der AfD belegt auch die Auseinandersetzung zwischen den Parteichefs Tino Chrupalla und Alice Weidel über die Frage der Remigration. Während Chrupalla und der (vom Saulus zum Paulus mutierte) Maximilian Krah die geforderte »millionenfache Remigration« als potenziell verfassungswidrig problematisierten, stießen sie damit in der AfD-Bundestagsfraktion und speziell bei den Weidel-Anhängern auf entschiedene Ablehnung. Wer glaube, eine Migrationswende »gehe irgendwie kuschelig und ohne unschöne Bilder«, sei »auf dem falschen Dampfer«, so stellvertretend für viele Vize-Bundeschef Sven Tritschler.[6]

Mit all dem ist die Partei auf ihrem Weg der radikalen Verschiebung des Sagbaren einen enormen Schritt vorangekommen. Inzwischen sind Dinge sagbar, die vor kurzem kaum denkbar gewesen wären, aber nun mehr und mehr auch in die »bürgerlichen« Medien vordringen.

> »Inzwischen sind Dinge sagbar, die vor Kurzem kaum denkbar gewesen wären.«

Springers rechte Avantgarde

Ulf Poschardt, der wohl prominenteste Befürworter einer Koalition unter Einbeziehung der AfD im ohnehin zunehmend AfD-freundlichen Springer-Verlag, spielt immer öfter auf der rhetorischen Klaviatur des Rechtsradikalismus. »Aus dem kleinen Austausch des Wahlvolkes ist vielerorts in Europa schon ein großer Austausch geworden«, so Poschardt in Aufnahme des bekanntesten rechten Verschwörungstheorems. Und der »rückblickend visionäre Gesellschaftskritiker« Thilo Sarrazin hatte in Poschardts Augen »wohl eher recht als unrecht, wenn er davor warnte, dass Deutschland sich abschaffen könnte«.[7]

Mit seiner Forderung nach einer »aufgeklärten republikanischen Remigrationsdebatte« benutzt Poschardt ganz bewusst den zentralen rechtsradikalen Kampfbegriff. Und zugleich feiert er offen Ulrich Siegmund, der »mit seinem Wahlkampf, aber auch mit seiner heiteren Souveräni-

6 Frederik Schindler, »Dann können wir den Laden auch dichtmachen«, in: »Die Welt«, 12.11.2026.

7 Ulf Poschardt, Der große Austausch des Wahlvolks, in: »Die Welt«, 2.10.2026.

tät für die AfD neue Maßstäbe« gesetzt habe: »Gegen die bürgerliche Verdruckstheit aktivierte er eine postbürgerliche Stoik im Umgang mit den zum Teil unterirdischen Attacken aus dem ÖRR«, unterstellt Poschardt dem sachsen-anhaltischen Strahlemann einen erstaunlichen philosophischen Überbau im Kampf gegen den (durchaus gemeinsamen) journalistischen Gegner.[8]

Da die Union in einer Koalition gefangen sei, »in der linke Sozialdemokraten diktieren, was die Konservativen zu tun und zu lassen haben«, müsse sie anfangen, auch mit der AfD zu sprechen. Nur so könnten CDU/CSU herausfinden, »ob sich im Zweifelsfall auch mit der AfD – etwa durch eine von ihr tolerierte Unions-Minderheitsregierung – wirtschaftliche und politische Reformen durchsetzen lassen«.[9] Und dennoch gebe es weiter Unionspolitiker, so Poschardt hämisch gegen die liberale Wüst-Linie, »die gebückt zur ›taz‹ laufen, anstatt den Kollegen von ›Nius‹ ein Interview zu geben.«[10] Eindeutiger als mit dieser Nobilitierung der AfD-Propagandisten von Nius kann man kaum für eine Kooperation mit der AfD optieren. Denn, so Poschardts Fazit: »Die politische Mitte ist erledigt. Sie muss sich neu erfinden, um wieder aufzuerstehen. Wird aber nicht passieren. Deswegen wird es die demokratische Rechte richten müssen.«[11]

Während also im Hause Springer längst die kommende Rechtsregierung vorgedacht wird, befeuert die Große Koalition fatalerweise noch diese rechten Sehnsüchte. Denn anstatt den Kampf gegen den politischen Gegner, insbesondere die rechtsextreme AfD, aufzunehmen, ergeht sie sich in zunehmend aggressivem Verhalten, gerichtet primär gegen den eigenen Koalitionspartner.

Die entscheidende Frage lautet daher, ob es der GroKo bis zu den Landtagswahlen im April gelingt, bei den dringend erforderlichen Reformen produktiv zusammenzuarbeiten und damit vielleicht doch noch eine Stimmungswende in der Bevölkerung herbeizuführen. Momentan spricht leider wenig dafür, und die anstehende Neubesetzung der SPD-Spitze dürfte dieses Unterfangen keinesfalls erleichtern.

Folglich ist auch ein vorzeitiges Ende dieser Koalition keineswegs auszuschließen. Käme es damit, quasi schlafwandelnd, tatsächlich zu Neuwahlen, wäre das vermutlich auch auf Bundesebene der Dammbruch zugunsten der AfD.

Das weckt ein letztes Mal historische Assoziationen an das so entscheidende Jahr 1930. Damals scheiterte, allerdings unter ungleich härteren Bedingungen, nämlich mitten in der Weltwirtschaftskrise, die letzte parlamentarisch agierende Fünf-Parteien-Koalition an einem vermeintlich unlösbaren Streit zwischen SPD und Deutscher Volkspartei (DVP) über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung. Diese Regierung erwies sich tatsächlich im Nachhinein als die letzte Patrone der Demokratie, denn danach folgten nur noch Präsidialkabinette auf Basis von Notverordnungen von Hindenburgs Gnaden.

Die heutige GroKo ist dagegen noch keineswegs die von Söder beschworene »letzte Patrone der Demokratie«. Denn wie auch immer die nächste Wahl ausgeht (und wann sie erfolgt), für eine Mehrheit der AfD wird es nicht reichen. Beruhigen darf das allerdings nicht. Denn angesichts des Niedergangs von Union und SPD bliebe dann voraussichtlich nur eine realistische Alternative: nämlich eine Kenia-Koalition – also genau jene »demokratische Mitte« aus CDU/CSU, SPD und Grünen, die seit der Kandidatur Ilse Aigners beschworen wird. Das aber wäre dann eine so disparate Koalition, dass sie wohl noch weniger zusammenhalten würde als Schwarz-Rot – zur Freude und Stärkung der AfD. ⬡

8 Ulf Poschardt, Der Selbstmord der politischen Eliten, in: »Die Welt«, 7.9.2026.

9 Ders., Betrug an den Wählern der Union, in: »Die Welt“« 12.11.2026

10 Gemeint ist Nathanael Liminski, Chef der NRW-Staatskanzlei unter Hendrik Wüst, siehe: Ulf Poschardt, Der Niedergang der Hauptstadt ist nur die Ouvertüre zum Niedergang des ganzen Landes, in: »Die Welt«, 1.11.2026.

11 Ders., SPD und Grüne haben sich aus der Mitte gekegelt, in: »Die Welt«, 18.10.2026.